

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

Protokoll

76. Sitzung (nicht öffentlich)

30. November 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 11.45 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Champignon (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuß erweitert die Tagesordnung um die beiden im folgenden unter 1 und 2 aufgeführten Punkte.

(Kein Diskussionsprotokoll)

1 Gesundheit schützen - Ozon-Vorläufersubstanzen reduzieren

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7607

In Verbindung damit:

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

Ozonreduzierung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/7609

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, gegenüber dem federführenden Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung kein Votum abzugeben.

(Kein Diskussionsprotokoll)

2 Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeiten bei Schwangerschaftsberatung und -abbruch

Vorlage 11/3480

Der Ausschuß nimmt den Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500
Ergänzungsvorlage der Landesregierung
Drucksache 11/7970
Vorlagen 11/3213, 11/3214, 11/3299

Der Ausschuß stimmt über die von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge ab (siehe dazu die Anlage der Vorlage 11/3420).

In der Schlußabstimmung nimmt er die ihn tangierenden Teile des Einzelplans 07 unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN an.

(Diskussionsprotokoll Seite 2)

* * *



Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500
Ergänzungsvorlage der Landesregierung
Drucksache 11/7970
Vorlagen 11/3213, 11/3214, 11/3299

Vor Eintritt in die für heute vorgesehenen Abstimmungen über die Änderungsanträge zum Haushalt nimmt **Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)** noch einmal im Rahmen der Einzelberatung das Wort. Ihm sei beim Wiedereingliederungsprogramm in Kapitel 07 020 aufgefallen, daß es seit Bestehen dieses Programms ein frappierendes Mißverhältnis zwischen den alljährlich veranschlagten Barmitteln und dem Mittelabfluß gebe. 1992 und 1993 habe der Mittelabfluß 464 000 DM bzw. 707 000 DM bei einem Ansatz von 4,1 Millionen DM betragen. Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann habe im Plenum dargelegt, daß der Mittelabfluß im Jahre 1994 100 % ausmache und darüber hinaus aus anderen arbeitsmarktpolitischen Töpfen zusätzliche Mittel in das Wiedereingliederungsprogramm flößen. Ihn interessiere, wie diese dramatische Änderung des Mittelabflusses von 1993 auf 1994 zu erklären sei.

Abteilungsleiter Dr. Schröder (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutert, bis zum Jahre 1992 sei das Programm ein Modellprogramm gewesen. Dann sei es evaluiert worden, und man habe die Förderrichtlinien geändert. Da es zur Vorbereitung der Änderungen umfangreicher Gespräche mit den Beteiligten bedurft habe, seien die neuen Förderrichtlinien erst im Oktober 1993 in Kraft getreten und hätten sich auf den Mittelabfluß des letzten Jahres noch nicht gravierend ausgewirkt. In diesem Jahr sei das völlig anders; die Mittel seien voll abgeflossen.

Der **Ausschuß** tritt sodann in die Abstimmungen über die von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge ein (siehe dazu die Anlage der Vorlage 11/3420). Dabei ergeben sich folgende Anmerkungen:

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

Zu 3:

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) legt Wert darauf, daß der Ausschuß im Zusammenhang mit diesem Antrag folgendes erfahre: In den Arbeitsämtern kursiere ein offizielles Faltblatt, mit dem sich das "Start"-Projekt der Arbeitsverwaltung vorstelle. Dieses Faltblatt habe zum Motto: "Wir liefern Arbeitnehmer nach Maß." Das sei mit einem Foto kombiniert, das eine Schubkarrenkolonne darstelle, wobei in den Schubkarren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer säßen, die sozusagen dem Betrieb per Schubkarre angeliefert würden. - Eine solche Darstellung könne nicht jedermanns Geschmack sein.

Im übrigen sei es nach den Richtlinien so, daß nur ein Viertel derjenigen, die über "Start" verliehen werden sollten, Langzeiterwerbslose sein müßten; drei Viertel der Vermittelten könnten auch aus besser vermittelbaren Gruppen stammen. Die Darstellung, daß es sich um eine gezielte Maßnahme zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen handele, sei also ausgesprochen fragwürdig.

Zu 13:

Abgeordneter Arentz (CDU) bemerkt, bei diesem wie einer Reihe weiterer Anträge werde sich seine Fraktion enthalten. Man sehe die Berechtigung der darin zum Ausdruck kommenden Anliegen im Grundsatz ein, können aber keine entsprechenden Deckungsvorschläge machen und deshalb nicht zustimmen.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) stellt fest, rein formal hätten die Deckungsvorschläge seiner Fraktion die gleiche Qualität wie die der CDU, nämlich die Deckung durch Antragstellung im Haushalts- und Finanzausschuß zu erwirtschaften. Er wolle es dem Ausschuß ersparen, die alternativ haushaltstechnischen Finanzierungsinstrumente im einzelnen vorzutragen. Wenn sein Vorredner aber die Enthaltung der CDU-Fraktion so begründe, wie er es getan habe, müßte das auch für die Anträge der CDU-Fraktion gelten.

Abgeordneter Kuschke (SPD) kündigt an, zur Frage der Deckung werde er nach den Abstimmungen Stellung nehmen. Zu den Anmerkungen des Abgeordneten Arentz wolle er nur sagen, daß sich auch seine Fraktion bei manchen Anträgen

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

gern entsprechend verhalten würde. Da diese Anträge dann aber ohne Deckung beschlossen wären, sei das nicht möglich und müsse man dageginstimmen.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.) schließt sich der Erklärung des Abgeordneten Arentz an.

Zu 14:

Im Zusammenhang mit diesem Antrag weist **Abgeordneter Arentz (CDU)** darauf hin, daß seine Fraktion schon seit zwei Jahren fordere, einen gesonderten Titel zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit auszuweisen. Er bittet darum, im nächsten Haushaltsplan zumindest einen entsprechenden Untertitel zu schaffen.

Zu 20:

Abgeordneter Arentz (CDU) bittet um getrennte Abstimmung.

Zu seinem Abstimmungsverhalten merkt **Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)** an, die in dem Antrag zum Ausdruck kommenden Anliegen teile er. Wegen der erheblichen Summen könne er vor dem Hintergrund der Haushaltssituation allerdings nicht zustimmen.

Zu 25:

Abgeordneter Arentz (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde sich bei diesem Antrag enthalten, weil zwei Personengruppen vermischt würden, die nicht gleichbehandelt werden könnten. Man halte den Antrag im Hinblick auf De-facto-Flüchtlinge für sinnvoll, weil man bei ihnen davon ausgehe, daß sie auf Dauer oder zumindest sehr lange im Lande verblieben, während man bei Kriegsflüchtlingen meine, daß sie nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen in ihre Heimat zurückkehren könnten.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

Zu 34 und 35:

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) bittet um Auskunft, ob der Betrag zur Erhaltung der baulichen Substanz von Schloß Burg erforderlich sei oder besonderen Einrichtungen der Gedenkstätte dienen solle.

Abgeordneter Goldmann (CDU) stellt fest, der Gebäudeteil, in dem sich die Gedenkstätte befinde, bedürfe der Sanierung. Die Offenhaltung der Gedenkstätte bzw. deren Umgestaltung, die die Landesregierung wünsche, sei von dieser Sanierung abhängig. Der Kostenvoranschlag liege dem MAGS vor.

Abgeordneter Kuschke (SPD) hat den Eindruck, daß sich die Sache nicht zuletzt durch die Diskussionen in der eingerichteten Arbeitsgruppe entwickle. Er schlage deshalb vor, den Antrag bis zur dritten Lesung zurückzustellen und bis dahin zu versuchen, eine gemeinsame Initiative zu ergreifen.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Müntefering erklärt, er habe darum gebeten, daß vor Ort geprüft werde, wie man aus der bestehenden Gedenkstätte eine solche entwickeln könne, die alle Interessen berücksichtige. Bei diesen Überlegungen habe sich herausgestellt, daß dies Mehrkosten mit sich bringe. Eine endgültige Entscheidung über die Gestaltung sei noch nicht gefallen. Er gehe aber davon aus, daß eine gemeinsame Linie gefunden werden könne. Eine Finanzierung im Jahre 1995 sehe er als gesichert an.

Abgeordneter Goldmann (CDU) weist darauf hin, daß das Neugestaltungskonzept von allen Seiten angenommen worden sei. 50 % des im Kostenvoranschlag ermittelten Betrags gälten der Bausanierung, 50 % der Inneneinrichtung. Es gebe eine Vorleistung des Bundes der Vertriebenen in Höhe von 20 000 DM. Die Objekte, die ausgestellt werden sollten, seien noch nicht finanziert; das Bundesinnenministerium habe allerdings zugesagt, einen Zuschuß zu gewähren.

Abgeordneter Arentz (CDU) bezeichnet es als wichtig, zu einer gemeinsamen Initiative zu kommen, und geht deshalb auf den Vorschlag des Abgeordneten Kuschke ein, den Antrag bis zur dritten Lesung zurückzustellen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

Zu 37:

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Arentz (CDU)**, was mit der Erweiterung der Überschrift der Titelgruppe 64 bezweckt sei, erläutert **Minister Müntefering**, bisher seien die Mittel der Titelgruppe 64 ausschließlich für ausländische Arbeitnehmer eingesetzt worden. Mit dem unter Nummer 39 aufgeführten Antrag solle der Ansatz des Titels 684 64 um 100 000 DM angehoben werden, um mit dem Erhöhungsbetrag die Einrichtung einer Stelle zur psychosozialen Betreuung von Migrantinnen und Migranten zu fördern. Dies wäre nicht möglich, wenn die Titelgruppenüberschrift diesen Personenkreis nicht aufweise.

Zu 39:

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) bittet um Auskunft, ob die Aufstockung der finanziellen Unterstützung der psychosozialen Beratungsstelle in Hagen dienen solle. - **Abgeordneter Kuschke (SPD)** bejaht.

Zu 42:

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.) stellt fest, er habe ursprünglich vorgehabt, aus den schon des öfteren vorgetragenen Gründen keine Anträge zu stellen. Weil man aber über die Kürzungen in diesem Bereich schon ausführlich diskutiert habe - er erinnere nur an das Stichwort "Bonner Vereinbarung" -, habe er es für richtig gehalten, auf diesem Gebiet ein besonderes Zeichen zu setzen, da in der Kürzung eine völlig verfehlte Politik zum Ausdruck komme. In diesem Zusammenhang verweise er auch auf das Schreiben der Präsidentin vom 25. November, in dem sie an den Weltaidstag erinnere und darum bitte, sich für Aktivitäten für die Betroffenen starkzumachen.

Zu 44:

Abgeordneter Arentz (CDU) kündigt für seine Fraktion Enthaltung an, weil man bezüglich der Verstärkung der Mittel andere Vorstellungen habe, wie sich aus den von seiner Fraktion gestellten Anträgen auch ergebe. Auf der anderen Seite gehe

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994
sr-sto

ein Teil der Erhöhungsbeträge in eine von ihm für richtig gehaltene Richtung. Entschieden spreche man sich allerdings gegen den Einrichtung sogenannter Gesundheitsräume aus.

Zu 48:

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) legt dar, er lehne den Antrag ab, weil er es für nicht sachgerecht halte, eine Erhöhung um 15 Millionen DM lediglich zur Ausweitung der Klinikangebote zu nutzen; genauso seien Erhöhungen für den niedrigschwelligen und akzeptierenden Bereich unabdingbar geboten.

Zu 51:

Abgeordneter Arentz (CDU) fragt, ob die von der SPD vorgeschlagene Kürzung der Mittel von der Landesregierung für sachgerecht gehalten werde. - **Minister Müntefering** bejaht.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) möchte wissen, wofür die hier gekürzten Mittel im Einzelplan 11 Verwendung finden sollten.

Abgeordneter Kuschke (SPD) antwortet, die Mittel sollten für Frauenberatungsstellen eingesetzt werden.

Zur Schlußabstimmung siehe Beschlußteil, Seite III.

Abgeordneter Kuschke (SPD) stellt zu der von der GRÜNEN-Fraktion und inzwischen auch ähnlich von der CDU-Fraktion praktizierten Verfahrensweise im Hinblick auf die Deckung von Anträgen fest, diese Praxis mache es unmöglich, im jeweiligen Fachausschuß die Ernsthaftigkeit und Sinnhaftigkeit der Deckungsvorschläge erkennen zu können.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994

sr-sto

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) bittet seinen Vorredner um Auskunft, ob sich die Auffassung der SPD-Fraktion, der von den GRÜNEN vorgelegte Alternativhaushalt sei nicht praktikabel, nur auf die Höhe der Umschichtungs- und Einnahmeverbesserungsvorschläge beziehe oder ob grundsätzlich hinsichtlich aller vorgeschlagenen Veränderungen der Haushaltsstruktur keine Bewegungsmöglichkeit gesehen werde. Wenn das letztere nicht der Fall sei, hätte man zumindest einen etwas größeren Spielraum als bisher.

Abgeordneter Kuschke (SPD) stellt fest, er könne diese Frage nicht beantworten, weil er den Alternativhaushalt der GRÜNEN nicht kenne.

Außerhalb der Tagesordnung nimmt **Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)** das Wort und trägt vor:

Ich möchte mich für die Glückwünsche zur Wahl in den Bundestag bedanken. Ich habe die Arbeit dort schon aufgenommen. Wegen des Untersuchungsausschusses, der am Freitag die hoffentlich letzte Beweisaufnahmesitzung durchführt, habe ich mein Landtagsmandat erst mit Ablauf des kommenden Freitags niedergelegt. Deswegen ist das heute hier meine letzte Sitzung in diesem Ausschuß. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen herzlich zu danken.

Als ich diesen Bereich 1990 nach der Wahl übernommen habe, war das für mich ein neues Feld. Aber es hat nicht nur Spaß gemacht, sondern auch viele Erfahrungen gebracht, nicht zuletzt auch auf den Reisen, die ich mit einem Teil der Mitglieder erleben durfte und die alle insgesamt sehr schön, aber auch sehr instruktiv waren, wie sich das für Dienstreisen gehört.

Ich möchte noch zwei inhaltliche Punkte anführen; der erste ist ernst gemeint, der zweite eigentlich auch, aber ich bitte Sie, ihn im richtigen Sinne zu verstehen.

Das erste: Ich habe es ein bißchen bedauert, daß wir in dem Bemühen nicht weitergekommen sind, uns in der Drogenpolitik näher zusammenzufinden. Insgesamt bewegt sich da ja einiges. Die Meinungen sind aber noch in vielem auseinander. Die Sache ist leider noch nicht so weit gediehen, wie ich es mir wünschen würde. An meinem Abstimmungsverhalten heute hat man gemerkt, daß ich meine, daß manche Dinge sicherlich gut gemeint sind, aber bedaure, daß das Gesamtkonzept noch nicht vorliegt. Deswegen ist mancher von uns auch noch ein bißchen unsicher. Ich weiß nicht, ob mich das in Bonn noch begleiten wird, weil die Sachauf-

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
76. Sitzung

30.11.1994

sr-sto

teilung noch offen ist. Ich habe mehrere Optionen; es wird sich zeigen, wie das weitergeht.

Das zweite ist, daß ich es deswegen besonders bedauere, aus diesem Feld der Landespolitik auszuschneiden, weil mir die Äußerungen von Herrn Scharping gewissen Mut gegeben haben, daß bei mancher Betrachtung, bei der man sich gegenüberstand, und bei manchen Reizworten, zum Beispiel "Sozialmißbrauch" und ähnliches, vielleicht doch mehr ideologische Fehden gefochten worden sind, als es die Sache verdient hat, und daß man sich gegenseitig mehr als bisher zugestehen sollte, daß man im sozialen und auch im menschlichen Sinne etwas erreichen will, auch wenn die Lösungsansätze und Grundlagen manchmal etwas unterschiedlich sind, vielleicht aber öfter zusammenführen, als sich das mancher während eines Streits, den wir hier und auch im Plenum oft genug ausgetragen haben, denkt. Da wird die Zukunft vielleicht doch noch die eine oder andere Überraschung bieten.

Noch einmal herzlichen Dank für die Zusammenarbeit und alles Gute. (Beifall)

gez. Champignon
Vorsitzender

07.12.1994/07.12.1994

210